Ä16 zu L1: Unser Krisenmodus: SOLIDARITÄT

Antragsteller*innen Juliane Roschitz (KV Märkisch-Oderland)

Antragstext

Von Zeile 14 bis 15:

Die steigenden Energiepreise sind ein Resultat der kurzsichtigen Politik der Großen Koalition, die in den letzten Jahren den Ausbau der erneuerbaren Energien verschlafen hat und uns in die fossile Abhängigkeit von Russland manövriert hat. Um uns daraus schnellstmöglich zu befreien, müssen wir die Energiewende massiv beschleunigen. Dazu braucht es ~~auch~~schnelle befähigende Qualifizierungsmöglichkeiten für Fachkräfte und kurzfristig mehr Stellen in den Brandenburger Genehmigungsbehörden, um z.B. Windräder und PV-Freiflächenanlagen schneller zu genehmigen und bauen zu können. Neben dem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien müssen wir unseren Strommarkt reformieren. Aktuell bestimmt der teuerste Strom im Markt den Preis (Merit-Order). Konkret bedeutet das, dass Gas unseren Strompreis bestimmt. Um die Preise zu senken, müssen wir dieses System verändern, sodass Strom aus erneuerbaren Energien endlich so günstig wird, wie er wirklich ist. Noch mehr Kohleverstromung oder die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken tragen nicht zu geringeren Strompreisen bei, sondern verschleppen den Umstieg auf Erneuerbare. Dadurch verlängern sie nur die Abhängigkeit von Russland und verschärfen die Klimakrise. Mehr Kohleverstromung und eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken lehnen wir daher weiter entschieden ab. Mit uns werden keine neuen Brennstäbe beschafft. Wir bestehen darauf, dass alle deutschen Atomkraftwerke spätestens zum 15. April 2023 vom Netz gehen. Die soziale Krise darf nicht gegen die Klimakrise ausgespielt werden - Krisen müssen zusammen gedacht und gelöst werden.

Begründung

Menschen welche die Nutzung der Anlagen genehmigen sind sehr wichtig. Gibt es diese Personen nicht haben wir die Anlagen in der Landschaft stehen - können Sie aber nicht nutzen.
Um die neuen Stellen zu besetzen und die Anlagen schneller ans Netz zu bekommen, benötigen wir mehr fachlich qualifizierte Menschen. Die Qualifizierung kann durch ein zügiges, unkomliziertes und zentrales Qualifizierungsangebot des

Landes sichergestellt werden, welches z.B. in Zusammenarbeit mit Ausbildungbetrieben, der Landesakademie für öffentliche Verwaltung und anderen betroffenen Bundesländern auf die akuten und künftigen Bedarfe der Behörden bei der Umsetzung der Energiewende zugeschnitten ist.